

## **Seniorenunion Südbaden fordert hauptamtliche Stelle für Demographischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium**

In der jüngsten Sitzung des Bezirksvorstandes in Bad Bellingen konnte der Vorsitzende, Herr Dr. Norbert Nothhelfer, den Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Lörrach, Herrn Ulrich Lusche, als Referenten begrüßen. Dieser gab einen umfassenden Bericht über die aktuelle Landespolitik. Schwerpunkte seines Vortrages waren die Finanzpolitik, die Schul- und Bildungspolitik sowie der demographische Wandel.

Herr Lusche betonte, dass es MP Oettinger gelungen ist, in den vergangenen zwei Jahren ohne neue Schulden den Haushalt auszugleichen. Bedingt durch die Wirtschaftskrise und durch gesetzliche Vorgaben ist jedoch eine Neuverschuldung in diesem Jahr unumgänglich. Man komme aber auch nicht umhin, in den nächsten Monaten strukturelle Eingriffe im Landeshaushalt vorzunehmen.

Zur Schulpolitik erklärte der Landtagsabgeordnete, dass die derzeit existierenden 1100 Hauptschul-Standorte bei wachsender Übergangsquote auf Realschulen und Gymnasien und gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang nicht mehr zu halten sind. Mit der Einführung der zweizügigen Werkrealschule wird eine positive Weiterentwicklung der Hauptschule eingeleitet. Zurzeit liegen über 500 Anträge auf Einrichtung einer Werkrealschule im Kultusministerium vor.

Interessant waren die Zahlen bezüglich des demographischen Wandels. Hier ist ein Rückgang der Bevölkerungszahl im Landesschnitt (-3,5 Prozent im Jahr 2030 gegenüber 2008) sowie ein Anstieg des Altersdurchschnitts (+4,2 Jahre auf 46,6 Jahre in 2030) prognostiziert, insbesondere auch ein Anstieg der Zahl der Hochbetagten im Alter von über 85 Jahren.

**Im Hinblick auf diese Entwicklung fordert der Bezirksvorstand, dass künftig eine hauptamtliche Stelle im Staatsministerium geschaffen wird.**

Der Abgeordnete nahm auch zu der aktuellen Diskussion über die Laufzeiten der AKW Stellung. Hier müssen vor allem die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und die Finanzierbarkeit im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen. Es darf nicht sein, dass man sichere AKW in Deutschland abschaltet und teuren Strom aus Frankreich (z.B. Fessenheim) bezieht.



In der sehr ausgiebigen Diskussion wurde unter anderem das Projekt „Stuttgart 21“ angesprochen. Bereits 14 Tage nach dem Spatenstich wurde festgestellt, dass die Finanzierungsmittel z.B. für die Gäubahn nicht in dem vorgesehenen Zeitrahmen zur Verfügung stehen. Somit besteht die Befürchtung, dass zwar für die engeren Bereich der Landeshauptstadt die vorgesehenen Maßnahmen planmäßig abgewickelt werden, die übrigen und ebenso wichtigen Verkehrsverbesserungen in der Region jedoch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden.

Vorsitzender Dr. N. Nothhelfer dankte abschließend Herrn Ulrich Lusche für seine offenen und klaren Stellungnahmen und die Bereitschaft zu einer ausführlichen Diskussion mit dem Bezirksvorstand.